

Antrag

der Abg. Alexander Salomon u. a. GRÜNE

der Abg. Andreas Deuschle u. a. CDU

der Abg. Gabi Rolland u. a. SPD

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Baden-Württembergs Beziehungen zu Bundesstaaten der USA: Wissenschaftsfreiheit und internationalen Austausch stärken

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. ob und gegebenenfalls welche Informationen ihr zur Wissenschaftspolitik der aktuellen US-Regierung vorliegen – sowohl im Hinblick auf geplante Budgetkürzungen in der Forschungsförderung als auch im Hinblick auf Einschränkungen im wissenschaftlichen Austausch – und wie sie deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg einschätzt;
2. welche wissenschaftlichen Austauschprogramme und Kooperationen derzeit mit den USA bzw. mit einzelnen Bundesstaaten oder Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgehend vom Land Baden-Württemberg bzw. von baden-württembergischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus bestehen;
3. welche baden-württembergische Hochschulen Verbindungsbüros in den USA unterhalten;
4. wo inhaltliche Schwerpunkte in der baden-württembergischen Forschungszusammenarbeit mit den USA liegen;

5. welche Standortvorteile im Vergleich der Situation in den USA und in Baden-Württemberg der Landesregierung an der Schnittstelle zwischen Forschung und innovativer Produktion, wie sie insbesondere die Fraunhofer-Institute für sogenanntes „scale-up“ nutzen, bekannt sind und welche Konsequenzen sie aus diesem Vergleich in Bezug auf die Innovationsförderung im Land zieht;
 6. wie sich der Austausch von Studierenden bzw. von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zwischen Baden-Württemberg und den USA in den letzten Jahren entwickelt hat;
 7. inwieweit diese Studierenden bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch das Fulbright-Programm in den vergangenen Jahren unterstützt wurden;
 8. ob sie die Befürchtungen einiger amerikanischer akademischer Spitzenfunktionäre, Wissenschaftsmanager und Professoren teilt, dass Stipendienprogramme wie Fulbright in Zukunft massiven Kürzungen unterworfen sein werden;
 9. wie sie das Thema „Brain Drain“ in Bezug auf die USA einschätzt und wie sie in diesem Zusammenhang das Programm „GAIN“ („German Academic International Network“) – eine gemeinsame Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Deutschen Forschungsgemeinschaft – bewertet;
- II. 1. die Kooperation zwischen Baden-Württemberg und den Neuenglandstaaten zu stärken;
2. im Ressortbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst insbesondere einen Ausbau der Landesprogramme mit Connecticut und Massachusetts zu prüfen;
 3. zu prüfen, inwiefern darüber hinaus der Austausch zwischen der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Baden-Württemberg und den USA unterstützt werden kann;
 4. dem Landtag hierzu bis zum 1. Juni 2018 zu berichten.

17.05.2017

Salomon, Erikli, Filius, Manfred Kern, Lösch, Marwein, Seemann GRÜNE
Deuschle, Kurtz, Haser, Gentges, Neumann, Razavi CDU
Rolland, Rivoir, Dr. Schmid SPD
Weinmann, Hoher FDP/DVP

Begründung

In den Gesprächen mit Hochschulen und deutschen Forschungsorganisationen in den USA während der Informationsreise des Wissenschaftsausschusses nach Boston (Massachusetts), Hartford (Connecticut) und New York zeigte sich immer wieder die zunehmende Bedeutung einer engen wissenschaftsbezogenen Verbindung unterhalb der nationalstaatlichen Ebene – gerade auch angesichts der seitens der aktuellen US-Regierung angekündigten Eingriffe. Mit dem vorliegenden Antrag geht es deswegen darum, den existierenden wissenschaftlichen Austausch zwischen Baden-Württemberg und den Vereinigten Staaten darzustellen, eine Einschätzung der Landesregierung hinsichtlich aktueller Entwicklungen zu erhalten und gemeinsam darauf hinzuwirken, die Verbindungen gerade nach Connecticut und Massachusetts weiter zu stärken.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 16. Juni 2017 Nr. 6221.-USA-2/299/1 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. ob und gegebenenfalls welche Informationen ihr zur Wissenschaftspolitik der aktuellen US-Regierung vorliegen – sowohl im Hinblick auf geplante Budgetkürzungen in der Forschungsförderung als auch im Hinblick auf Einschränkungen im wissenschaftlichen Austausch – und wie sie deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg einschätzt;

Die bisher vorliegenden Informationen zur Wissenschaftspolitik der Regierung von Präsident Trump lassen befürchten, dass sich in den USA die Rahmenbedingungen für die Forschungsförderung und für den internationalen wissenschaftlichen Austausch verschlechtern. Die Trump-Administration beabsichtigt unter anderem einschneidende Kürzungen von Forschungsprogrammen beispielsweise zum Thema Klimawandel. Die Budgets der *National Institutes of Health* und der *National Science Foundation* sollen stark zurückgefahren werden. Beim *National Endowment for the Arts* und beim *National Endowment for the Humanities* ist sogar eine völlige Abschaffung im Gespräch. Stipendienprogramme wie *Fulbright* sollen nach dem Willen der Trump-Administration deutlich weniger Finanzmittel erhalten. Beabsichtigt ist eine erhebliche Kürzung von Förderprogrammen des *Department of Education* für Studierende aus einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen.

Ob die beabsichtigten Maßnahmen tatsächlich nach den Vorstellungen der Regierung umgesetzt werden, hängt unter anderem von den Entscheidungen des US-Kongresses ab. Sollten die drastischen Kürzungen der US-Bundesförderung für Wissenschaft und Forschung vollzogen werden, wird dies die Universitäten und Forschungseinrichtungen in den USA erheblich schwächen. Die Ausgangsbedingungen für die bisher sehr enge wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Partnern in Deutschland und Baden-Württemberg werden dadurch schwieriger. Die Kürzung des Mittelvolumens für Fulbright-Stipendien, die bisher den Austausch mit US-amerikanischer Beteiligung stark unterstützen, würde sich sehr nachteilig auf die internationale Mobilität amerikanischer Studierender und Forschender auswirken.

Wissenschaftspolitisch gravierend sind auch die Entscheidungen der US-Regierung zu Einreisemöglichkeiten in die USA. Dies gilt nicht nur für die derzeit ausgesetzten Einreisestopps für Staatsangehörige des Irans, Libyens, Somalias, Syriens, des Sudan und des Jemen, sondern auch allgemeiner für zusätzliche Restriktionen und für die wachsende Unsicherheit bei Visaerteilungen. Dies haben über 50 wichtige US-amerikanische akademische Organisationen in einem offenen Brief vom 18. Mai 2017 problematisiert. Darin wird darauf hingewiesen, dass bereits jetzt 40 Prozent der US-Colleges und -Universitäten über sinkende Zahlen von Bewerbungen internationaler Studierender berichteten.

Trotz der verschlechterten Perspektiven für wissenschaftlichen Austausch und Kooperation zwischen Baden-Württemberg und den USA sieht das Wissenschaftsministerium bis jetzt für die baden-württembergische Wissenschaft noch kaum spürbare negative Auswirkungen. Insbesondere im Studierendenaustausch sind bestehende Programme durch Abkommen mit einzelnen Bundesstaaten oder Hochschulsystemen abgesichert. Die Signale zur Fortsetzung der Zusammenarbeit, die Hochschulen und Ministerium aus Gesprächen mit den US-Partnern erhalten, sind durchweg positiv. Deutschland im Allgemeinen und Baden-Württem-

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

berg im Besonderen werden als zuverlässige Partner mit einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem geschätzt. Das Interesse an Kooperationen mit Baden-Württemberg ist ungebrochen hoch. In vielen Begegnungen wird deutlich, dass sich die Hochschulpartner gegen Abschottungstendenzen stemmen und Initiativen ergreifen wollen, um Weltoffenheit und internationalen Austausch zusätzlich zu fördern.

2. *welche wissenschaftlichen Austauschprogramme und Kooperationen derzeit mit den USA bzw. mit einzelnen Bundesstaaten oder Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgehend vom Land Baden-Württemberg bzw. von baden-württembergischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus bestehen;*

Kernbestandteil der wissenschaftlichen Austauschprogramme des *Wissenschaftsministeriums* mit den USA sind die Landesprogramme, bei denen Verträge zwischen dem Ministerium und staatlichen Hochschulverbänden, teilweise auch Ministerien auf Bundesstaatsebene, den Studierenden- und Professoren Austausch regeln. Solche Landesprogramme bestehen mit California, Connecticut, Massachusetts, North Carolina, Oregon sowie mit der Kettering University in Flint/Michigan. Die vom MWK mit zentralen Mitteln geförderten Landesprogramme sind von großem Wert für die akademischen Austauschbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und den USA. Sie haben dank des Reziprozitätsprinzips bereits vielen tausend baden-württembergischen Studierenden einen gebührenbefreiten Studienaufenthalt in den USA ermöglicht. In vielen Fällen kommen der Austausch wissenschaftlichen Personals, Impulse für Forschungskooperationen, teilweise auch Unternehmenspraktika hinzu.

Das Wissenschaftsministerium hat zudem ein Abkommen mit der AACRAO (*American Association of Collegiate Registrars and Admissions Officers*) und der NAFSA (ursprünglich *National Association of Foreign Student Advisers*, heute: *Association of International Educators*) geschlossen. Gemeinsam wird jährlich das „Baden-Württemberg Seminar for American Administrators“ an einer Universität in Baden-Württemberg durchgeführt. Auf diese Weise werden wichtige Multiplikatoren mit dem Hochschulland Baden-Württemberg bekannt gemacht. Die Partnerschaft mit AACRAO und NAFSA besteht seit 1982. Das aktuelle Memorandum gilt für die Jahre 2017 bis 2019.

Eine enge Kooperation zwischen Baden-Württemberg und Partnereinrichtungen in den USA findet außerdem im Rahmen des Baden-Württemberg Fonds für verfolgte Wissenschaftler statt.

Auch über die Landesprogramme hinaus unterhalten baden-württembergische *Hochschulen* eine Vielzahl von Kooperationen mit US-amerikanischen Hochschulen. Der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz verzeichnet aktuell 660 solcher Kooperationen mit baden-württembergischer Beteiligung. Damit belegt Baden-Württemberg mit großem Abstand Platz eins aller Bundesländer. Auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg sind eng mit Partnern in den USA vernetzt.

Zudem werden Kooperationen im EU-Forschungsbereich unter dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 (2014 bis 2020) gepflegt. Staatliche Hochschulen aus Baden-Württemberg arbeiten aktuell in insgesamt acht Projekten unter Horizont 2020 mit Einrichtungen aus den USA zusammen. Das KIT kooperiert in insgesamt drei Projekten mit Einrichtungen aus den USA. Die Universität Heidelberg verzeichnet ebenfalls drei Projektbeteiligungen, gefolgt von der Universität Stuttgart (zwei Projekte) sowie den Universitäten Konstanz, Ulm und Freiburg (jeweils ein Projekt).

3. welche baden-württembergische Hochschulen Verbindungsbüros in den USA unterhalten;

Das MWK hat Kenntnis von zwei Verbindungsbüros baden-württembergischer Hochschulen:

- Die Universität Heidelberg ist seit 2008 mit einem Büro im „German House“ in New York vertreten.
- Die Universität Freiburg und der grenzüberschreitende Hochschulverbund *Eucor – The European Campus* unterhalten seit dem Jahr 2016 ein *Liaison Office North America*, ebenfalls im „German House“ in New York.

Darüber hinaus hat Baden-Württemberg International (bw-i) eine Verbindungsperson in New York verortet.

4. wo inhaltliche Schwerpunkte in der baden-württembergischen Forschungszusammenarbeit mit den USA liegen;

Die Forschungsschwerpunkte der baden-württembergischen Hochschulen spiegeln sich in den jeweiligen Themen der Kooperationen mit den USA wieder. Angesichts der Vielfalt und thematischen Breite ist eine abschließende Nennung inhaltlicher Schwerpunkte nicht möglich. Exemplarisch können folgende Kooperationen genannt werden:

- *Universität Freiburg – University of Washington (UW), Seattle, Washington: Cluster „BrainLinks-BrainTools“*
Im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder wird das Exzellenzcluster BrainLinks-BrainTools seit 2012 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Neben anderen US-Partnern arbeitet das Exzellenzcluster eng mit dem Center for Sensorimotor Neural Engineering (CSNE) in Washington zusammen.
- *Universität Heidelberg: Graduiertenkolleg zum Thema „Autorität und Vertrauen in der Amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“*
Die DFG hat Fördermittel in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro für das Kolleg bewilligt, das am Heidelberg Center for American Studies (HCA) angesiedelt ist.
- *Universität Stuttgart – NASA Ames Research Center (ARC) und der Universities Space Research Association (USRA): Luftfahrt*
SOFIA, das Stratosphären Observatorium für Infrarot-Astronomie, ist ein Gemeinschaftsprojekt des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) und der National Aeronautics and Space Administration (NASA). Es wird im Auftrag des DLR mit Mitteln des Bundes (BMW), des Landes Baden-Württemberg und der Universität Stuttgart durchgeführt.
- *Gastprofessuren*
Im Rahmen der Förderlinie Gastprofessur/Auswärtiges Mitglied im Förderverfahren nach der Exzellenzinitiative stellt das Wissenschaftsministerium den Universitäten Baden-Württembergs für Gastprofessuren/Auswärtige Mitglieder regelmäßig eine Kofinanzierung in der Regel für drei Jahre zur Verfügung. Gefördert wird der Aufenthalt von exzellenten Wissenschaftler/-innen an einer baden-württembergischen Universität. Die Arbeit der Forschenden steht in der Regel im Zusammenhang mit bestehenden Forschungsschwerpunkten der jeweiligen Universität. Aktuell werden Gastprofessuren von Wissenschaftlern/-innen aus den USA unter anderem an der Universität Konstanz und der Universität Tübingen gefördert.

5. *welche Standortvorteile im Vergleich der Situation in den USA und in Baden-Württemberg der Landesregierung an der Schnittstelle zwischen Forschung und innovativer Produktion, wie sie insbesondere die Fraunhofer-Institute für sogenanntes „scale-up“ nutzen, bekannt sind und welche Konsequenzen sie aus diesem Vergleich in Bezug auf die Innovationsförderung im Land zieht;*

Innovationen werden in den USA vor allem durch die Unternehmen selbst vorangebracht. Eine weitere wichtige Rolle im Innovationssystem der USA spielen Technologie-Ausgründungen aus führenden forschungsorientierten Hochschulen wie zum Beispiel des Massachusetts Institute of Technology (MIT) sowie Ausschreibungen und Aufträge staatlicher Dienststellen wie zum Beispiel der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA). Weniger bekannt und üblich ist in den USA die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Industrie, wie sie in Baden-Württemberg weit verbreitet ist. Mit den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und der Innovationsallianz sowie den Hochschulen und Universitäten steht in Baden-Württemberg für die Unternehmen eine hervorragende Forschungsinfrastruktur an der Schnittstelle zwischen Forschung und innovativer Produktion zur Verfügung. Zusammen mit Transfereinrichtungen, Netzwerken und Clustern gibt es in Baden-Württemberg ein besonderes Innovations-Ökosystem und eine gewachsene Innovationskultur. Dieses Ökosystem bedeutet eine massive Unterstützung für die Umsetzung von Innovationen an der Schnittstelle von Forschung und innovativer Produktion und trägt ganz wesentlich zur industriellen Spitzenposition Baden-Württembergs bei.

Während die Zahl der Industriebeschäftigten in Baden-Württemberg zwischen 2000 und 2016 mit rund 1,26 Millionen Personen in absoluten Zahlen konstant geblieben ist, ist die Zahl der Industriebeschäftigten in den USA zwischen 2000 und 2015 um rund 5 Millionen bzw. um fast 30 Prozent zurückgegangen. Produktion wurde von den USA in den letzten Jahrzehnten zunehmend ins Ausland verlagert. Da Produktions-Innovationen aber immer auch auf Produktions-Know-How aufbauen, ist insoweit auch produktionstechnische Innovationskraft in den USA verlorengegangen. Vor diesem Hintergrund wurde von der vorherigen US-Regierung ein sog. „Manufacturing Reshoring“-Programm gestartet. Unter anderem sollen insgesamt 15 Produktions-Technologieinstitute nach Fraunhofer-Vorbild gegründet werden, etwa in den Bereichen 3-D-Druck, Leichtbau oder regenerative Medizin. Deutschland gilt in den USA als Vorbild, was die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Industrie im Bereich Forschung und Entwicklung anbelangt.

Vor diesem Hintergrund bleibt es auch weiterhin eine zentrale Herausforderung für die Innovationsförderung in Baden-Württemberg, die Forschungsinfrastruktur auf hohem Niveau zu erhalten und weiterzuentwickeln.

6. *wie sich der Austausch von Studierenden bzw. von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zwischen Baden-Württemberg und den USA in den letzten Jahren entwickelt hat;*

Die Zahl der US-amerikanischen *Studierenden* an baden-württembergischen Hochschulen hat sich wie folgt entwickelt (jeweils zum Wintersemester, Quelle: Statistisches Landesamt):

2015/ 2016	2014/ 2015	2013/ 2014	2012/ 2013	2011/ 2012	2010/ 2011	2009/ 2010	2008/ 2009	2007/ 2008	2006/ 2007	2005/ 2006
1.070	996	943	972	917	912	803	742	709	701	779

Damit schrieben sich 18,3% der US-Amerikaner/-innen, die im Wintersemester 2015/2016 einen Studienabschnitt in Deutschland absolvierten, an einer Hochschule in Baden-Württemberg ein.

Das *Institute of International Education* hat in seiner Erhebung „Open Doors Data 2016“ ermittelt, dass im akademischen Jahr 2015/2016 1.043.839 Studierende aus dem Ausland eine Hochschule in den USA besuchten (sieben Prozent mehr

als im Vorjahr). Den größten Anteil stellten chinesische Studierende (328.000). Den größten Zuwachs verzeichneten die Studierenden aus Indien, deren Zahl um ein Viertel auf 165.000 gestiegen ist. 10.145 Studierende stammten aus Deutschland. US-amerikanische Studierende gehen hingegen seltener ins Ausland: 313.415 studierten im akademischen Jahr 2014/2015 an einer ausländischen Hochschule. Mit 11.000 US-amerikanischen Studierenden liegt Deutschland auf Rang sechs der beliebtesten Zielländer weltweit.

In globaler Betrachtung sind die USA nach wie vor das wichtigste Zielland und auch das wichtigste Herkunftsland international mobiler *Wissenschaftler/-innen*. Speziell zum Austausch von Wissenschaftler/-innen zwischen Baden-Württemberg und den USA liegen nur wenige verlässliche Daten vor. Verfügbar sind Zahlen zur Beschäftigung von wissenschaftlichen Angestellten mit US-Staatsbürgerschaft an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Baden-Württemberg (ohne studentische Hilfskräfte und Tutoren):

Jahr	Absolut	Anteil am gesamten
		wissenschaftlichen Personal in %
2009	558	0,55
2010	582	0,51
2011	632	0,55
2012	768	0,63
2013	794	0,62
2014	858	0,66
2015	896	0,69

Quelle: Statistisches Landesamt, Hochschul-Personal- und Stellenstatistik; Auswertung des MWK

Diese Zahlen belegen einen stetigen leichten Wachstumstrend bei der Beschäftigung amerikanischer Wissenschaftler/-innen in Baden-Württemberg.

7. inwieweit diese Studierenden bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch das Fulbright-Programm in den vergangenen Jahren unterstützt wurden;

Die Zahl der durch Fulbright geförderten Studierenden und Wissenschaftler/-innen hat sich, bezogen auf Baden-Württemberg, wie folgt entwickelt:

	Gesamt	Incoming (aus den USA)	Outgoing (in die USA)
2017/2018	64	17	47
2016/2017	86	14	72
2015/2016	88	15	73
2014/2015	98	24	74
2013/2014	102	23	79
2012/2013	78	22	56
2011/2012	88	21	67
2010/2011	93	30	63
2009/2010	79	26	53
2008/2009	82	17	65
2007/2008	77	20	57
2006/2007	65	21	44
2005/2006	70	22	48

	Gesamt	Incoming (aus den USA)	Outgoing (in die USA)
2004/2005	78	14	64
2003/2004	60	16	44
2002/2003	46	23	23
2001/2002	38	25	13
2000/2001	57	13	44
Summen	1.349	363	986

8. ob sie die Befürchtungen einiger amerikanischer akademischer Spitzenfunktionäre, Wissenschaftsmanager und Professoren teilt, dass Stipendienprogramme wie Fulbright in Zukunft massiven Kürzungen unterworfen sein werden;

Auf Nachfrage bei der Fulbright-Kommission in Berlin erhielt das MWK folgende Auskunft: Positiv sei, dass die Haushaltsmittel für Fulbright (und damit verbundener Programme) beim amerikanischen *State Department* für das jetzt laufende Fiskaljahr (bis 30. September 2017) in voller Höhe vom Kongress bestätigt wurden – entgegen vorhandener Kürzungspläne der Regierung Trump. Für 2018 erwartet die Fulbright-Kommission stabile Verhältnisse bei den amerikanischen Partnern. Allerdings beabsichtigt die US-Regierung nach vorliegenden Presseberichten erneut eine Kürzung der Fulbright-Mittel.

Fulbrights direkte Partner in den USA, also zahlreiche Hochschulen, planen weiterhin im bisherigen Umfang ihre Austauschvorhaben. Ob sich die Bewerbungszahlen in den USA (für Aufenthalte mit Fulbright in Deutschland) verändern, wird frühestens im Herbst erkennbar sein, wenn die Nominierungen bei der Fulbright-Kommission eingehen. Fulbright vermutet aufgrund vorliegender Erfahrungen, dass ein Regierungswechsel in den USA keine unmittelbare Auswirkung auf die „Auslandsfreudigkeit“ der Studierenden hat. Der Wissenschaftsstandort Deutschland genieße eine sehr hohe Anerkennung gerade bei Studierenden in den USA. Geschätzt würden das Forschungsniveau, die Ausstattung, die Unterstützungsmöglichkeiten und die englischen Kommunikationsmöglichkeiten gerade in der Forschung, aber auch in den zahlreichen englischsprachigen Master-Programmen.

9. wie sie das Thema „Brain Drain“ in Bezug auf die USA einschätzt und wie sie in diesem Zusammenhang das Programm „GAIN“ („German Academic International Network“) – eine gemeinsame Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Deutschen Forschungsgemeinschaft – bewertet;

Aus Sicht des Wissenschaftsministeriums ist internationale Mobilität zunehmend selbstverständlicher Bestandteil der Berufswege von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und eine immer wichtigere Grundlage für erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit. Mobilitätsströme zwischen Deutschland und anderen Staaten sollten dabei vom Grundsatz her ausgeglichen sein. Statt „Brain Drain“ ist eine beiden Seiten nutzende „Brain Circulation“ das Leitbild.

Dies gilt auch im Verhältnis zu den USA. Dank der Breite und Qualität ihres Wissenschaftssystems sind die USA das wichtigste Gastland für deutsche Wissenschaftler/-innen, sowohl für temporäre wie auch für langfristige Aufenthalte. Von einem „Brain Drain“ müsste aber erst gesprochen werden, wenn langfristig erheblich mehr deutsche Wissenschaftler/-innen in den USA blieben als umgekehrt oder wenn es ein dauerhaftes Ungleichgewicht bezüglich der Exzellenz der in die eine oder andere Richtung mobilen Wissenschaftler/-innen gäbe.

Um einer solchen möglichen Entwicklung entgegenzuwirken, spielt das German Academic International Network (GAIN) eine wichtige Rolle. GAIN ist das größte Netzwerk deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Nordamerika. Seit der Gründung 2003 sorgt es mit Veranstaltungen und Publikationen für einen besseren Informationsfluss in beiden Richtungen über den Atlantik. GAIN

unterstützt Wissenschaftler bei der beruflichen Wiedereingliederung in Deutschland und arbeitet mit deutschen Wissenschaftler/-innen zusammen, die sich für einen längeren Aufenthalt im US-Wissenschaftssystem entschieden haben. GAIN folgt dabei dem Ansatz, dass für Deutschland als Innovations- und Forschungsstandort die Kontakte und belastbare Beziehungen in die globale Forschungsökonomie genauso wichtig sind wie die Exzellenz der Forscherinnen und Forscher in Deutschland selbst.

Das Wissenschaftsministerium unterstützt den Ansatz von GAIN und arbeitet eng mit dem Netzwerk zusammen. Mitglieder der Amtsspitze nehmen regelmäßig an den GAIN-Jahrestagungen teil.

Voraussetzung dafür, dass deutsche Wissenschaftler/-innen aus den USA in ihr Heimatland zurückkehren, ist, dass dieses in Bezug auf Wissenschaftsfreundlichkeit, gute Rahmenbedingungen und Karrierechancen mit den USA mithalten kann. Bereits im Jahr 2012 ergab eine Studie zur bisherigen Arbeit von GAIN, dass die Mehrheit der im Ausland tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einer Rückkehr nach Deutschland positiv gegenüber stand (*uzbonn GmbH: Studie über den Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der GAIN-Jahrestagungen 2004 bis 2011. Abschlussbericht für den DAAD. Bonn 2012*). Seit damals sieht das Wissenschaftsministerium durch viele wissenschaftspolitische Maßnahmen auf deutscher Seite, aber auch durch die jüngsten politischen Veränderungen in den USA, eine weiter verbesserte Ausgangslage für die Rückgewinnung deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

II.

1. die Kooperation zwischen Baden-Württemberg und den Neuenglandstaaten zu stärken;

Baden-Württemberg unterhält ungeachtet der aktuell bestehenden Differenzen zwischen Deutschland und den USA in verschiedenen wichtigen Fragen wie der Handels- oder Klimapolitik enge und gute Beziehungen zu vielen amerikanischen Bundesstaaten, die kontinuierlich gepflegt und weiter vertieft werden.

Baden-Württemberg ist bereits historisch den transatlantischen Beziehungen verbunden durch die Stuttgarter Rede, die sog. „Rede der Hoffnung“ vom 6. September 1946, die den Grundstein legte zur Re-Demokratisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. In Baden-Württemberg sind insgesamt vier Deutsch-Amerikanische Institute bzw. das Deutsch-Amerikanische Zentrum beheimatet, die vom Land unterstützt werden, und die USA sind mit Abstand das wichtigste Exportland für die baden-württembergischen Unternehmen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann besuchte die USA und insbesondere das Silicon Valley im Jahr 2015 und begründete zusammen mit dem kalifornischen Gouverneur Jerry Brown das „Under2Memorandum“, ein subnationales Klimaschutzbündnis, dem inzwischen über 160 Unterzeichner aus 33 Staaten und 6 Kontinenten beigetreten sind.

Zu den Neuenglandstaaten zählen Maine, Rhode Island, New Hampshire, Vermont, Connecticut und Massachusetts. Mit den beiden letztgenannten pflegt das Wissenschaftsministerium bereits jeweils langjährige Partnerschaften. Das Landesprogramm zur Hochschulzusammenarbeit mit Connecticut besteht seit 1991; ihm ging eine Partnerschaft des Landtages seit 1989 voraus. Das Landesprogramm mit Massachusetts besteht bereits seit 1964.

Dem Wissenschaftsministerium liegen aktuell keine Informationen oder Interessensbekundungen für Kooperationen mit den anderen vier Neuenglandstaaten vor. Eine Evaluation geeigneter Bundesstaaten für eine neue Kooperation auf Verbundebene hat Baden-Württemberg International (bw-i) im Jahr 2014 durchgeführt. Im Ergebnis wurde Alabama als mögliche passende Partnerregion identifiziert. Siehe auch Frage II.3.

2. im Ressortbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst insbesondere einen Ausbau der Landesprogramme mit Connecticut und Massachusetts zu prüfen;

Eine weitere Pflege und Stärkung der Landesprogramme mit Connecticut und Massachusetts steht im Fokus des Wissenschaftsministeriums. Die in der Regel für Stipendien und Sprachkurskosten zur Verfügung gestellten Mittel konnten in den vergangenen Jahren nicht gesteigert werden. Soweit die dafür erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, wäre ein Ausbau mit Blick auf die geförderten Personenkreise wünschenswert. Die genannten Landesprogramme richten sich bisher in erster Linie an Studierende. Insbesondere für die Steigerung der Mobilität von Wissenschaftlern und auch administrativem Personal stehen keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Ein Ausbau der Mobilität auf allen Ebenen wäre gerade mit Blick auf die politischen Entwicklungen in den USA von großer Bedeutung für die Stabilität der partnerschaftlichen Beziehungen. Neben der Mobilitätsfrage sollte aus Sicht des MWK auch geprüft werden, ob eine engere Zusammenarbeit auf einzelnen wissenschaftlichen Schwerpunktgebieten mit den Partnerstaaten Connecticut und Massachusetts gefördert werden kann. Auch dafür ist die Voraussetzung die Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel.

3. zu prüfen, inwiefern darüber hinaus der Austausch zwischen der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Baden-Württemberg und den USA unterstützt werden kann;

Neben der Stärkung und ggf. dem Ausbau der Landesprogramme mit Connecticut und Massachusetts gilt es auch die anderen Landesprogramme mit den USA (Kalifornien, North Carolina, Oregon, Kettering/Flint/Michigan) weiterhin zu pflegen und nach Möglichkeit auszubauen. In allen Programmen besteht Potenzial für eine Vertiefung des Austausches und für eine Intensivierung der inhaltlichen Zusammenarbeit.

Außerdem wurde, aufbauend auf den Vorarbeiten von bw-i (s. II.1.), in den letzten zwei Jahren eine Kooperation baden-württembergischer Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit Hochschulen in Alabama aufgebaut. Im Oktober 2015 fand eine Anbahnungsreise baden-württembergischer Hochschulvertreter nach Alabama statt. Ein Gegenbesuch erfolgte im Juni 2016. Die Hochschulen Aalen, Esslingen, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Offenburg und Ulm sind an einer vertieften Zusammenarbeit mit Universitäten in Alabama interessiert. Eine Vertragsunterzeichnung zwischen den HAW in Baden-Württemberg und den Partnern in Alabama soll noch 2017 stattfinden. Das Wissenschaftsministerium war in den Aufbau dieser neuen Zusammenarbeit eingebunden und wird Unterstützungsmöglichkeiten prüfen, wenn sich die Kooperation erfolgreich etabliert hat.

Darüber hinaus wird das Wissenschaftsministerium weiterhin eine Vielzahl anderer Wege nutzen, um den transatlantischen Austausch der wissenschaftlichen Gemeinschaften zu unterstützen. Dazu zählen die Kooperationen mit AACRAO, NAFSA (vgl. oben, Frage 2) und anderen Partnern, die regelmäßige Teilnahme an den GAIN-Jahreskonferenzen (vgl. oben, Frage 9) und die Betreuung US-amerikanischer Delegationen.

4. dem Landtag hierzu bis zum 1. Juni 2018 zu berichten.

Der Berichtsauftrag wurde vorgemerkt.

Bauer
Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst